

Streit um Kommunal-Jobs

Regierung will verpflichtende „Gemeinwesenarbeit“ für Langzeitarbeitslose / Gemeindebund und Arbeitsmarktservice

Der Plan der schwarzblauen Koalition, Langzeitarbeitslose verpflichtend für Pflegetätigkeiten, Gartenarbeit, Denkmal- und Umweltschutz heranzuziehen, wird höchst kontroversiell diskutiert. Angeheizt wird die Debatte durch die neue Entlohnungsform, genannt Bürgergeld und durch die Verpflichtung zur Beschäftigung. Diese Form der „Gemeinwesenarbeit“ sei allerdings, sagt

„Jetzt sollen die Gemeinden offenbar gezwungen werden, Leute ohne Qualifikation zu beschäftigen.“

Helmut Mödlhammer

VP-Wirtschaftsminister Martin Bartenstein, auch im rot-schwarzen Regierungsprogramm vorgesehen gewesen.

Dennoch spart Helmut Mödlhammer, Präsident des Gemeindebundes, nicht mit Kritik: „Das kann nur eine freiwillige Aktion mit Anreizcharakter sein, für Leute, die zurück in den Berufsprozess wollen. In der Form bringt dieser Arbeitsdienst mehr Ärger mit den Bürgern, erhöht unseren Verwaltungsaufwand und führt letztlich zu einer Schädigung der lo-

kalen Wirtschaft. Ich sehe hier ein moralisches und wirtschaftliches Problem.“

Bartenstein verteidigt den Plan und versichert, die Abgrenzungsproblematik zu Gewerbetreibenden, die bisher Gemeindejobs im Sozial- und Umweltbereich ausübten, zu berücksichtigen. Es ginge nicht „um billige Arbeitskräfte“ für die Kommunen, sondern um die „bessere Reintegration“ von Langzeitarbeitslosen in der Arbeitsmarkt, betont der Minister.

Der Sozialforscher Bernd Marin möchte erst abwarten, wie die Umsetzungsdetails ausschauen, meint aber: „Die symbolische Politik schaut natürlich fatal aus.“ In den meisten europäischen Staaten sei mit solchen Arbeitspflichten experimentiert worden. Marin: „Das hat aber nirgends große Quantitäten bewegt.“ Viel sinnvoller sei das Forcieren von gemeinnützigen Personalbereitstellern (Leiharbeitsfirmen) wie etwa in den Niederlanden. Zeitarbeit sei der viel versprechendste „Übergangsmarkt“ und habe großen Nachholbedarf in Österreich. „Bürgergeld“ unter Kollektivvertragsniveau sei abzulehnen, sagt Marin.

1999 waren 34.000 Österreicher und Österreicherinnen

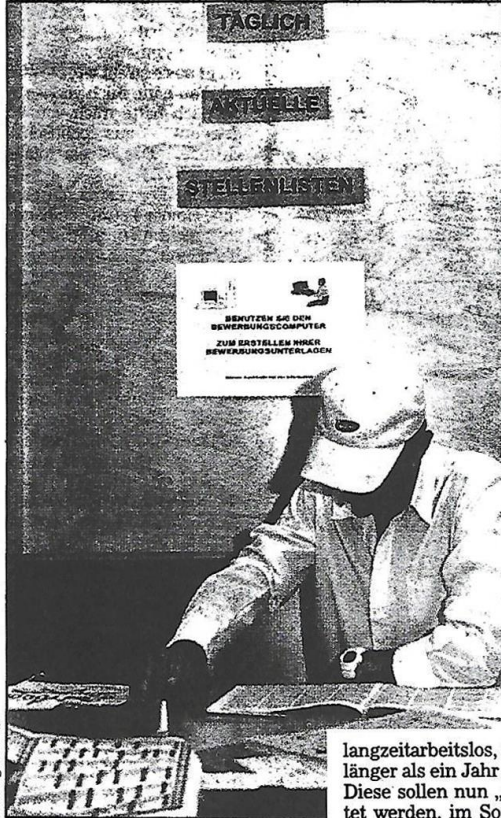


Bild: Jörg Christianov

Langzeitarbeitslose sollen verpflichtend Ger

langzeitarbeitslos, das heißt, länger als ein Jahr ohne Job. Diese sollen nun „verpflichtet werden, im Sozial-, Umwelt- und Denkmalschutzbereich für sie geeignete Arbeit anzunehmen.“ Als Abgeltung erhalten sie einen „Zuschlag zu ihrer Notstands- bzw. Sozialhilfe von bis zu 20 Prozent Bonus als Bürgergeld“, steht im VP-FP-Programm. Dabei müsse „das Merkmal der Qualitätssicherung beachtet“ werden.

Für Herbert Buchinger, Chef des Arbeitsmarktser-

„Es geht nicht um billige Arbeitskräfte, sondern um die bessere Reintegration in den Arbeitsmarkt.“

Martin Bartenstein

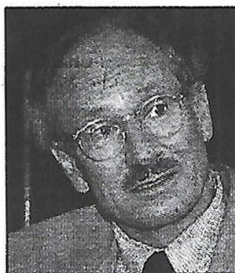
vice, ist das ein „ideologischer Tabubruch“ und provoziere „unsinnige Konflikte“ mit der AMS-Kundschaft. Auch bisher hätten Langzeitarbeitslose, vom AMS gefördert, in Gemeindejobs gearbeitet, aber „in ganz normalen Dienstverhältnissen zum KV oder darüber“. Ein „Bürgergeld“ als Notstandshilfezuschlag bedeute die Abkehr von Kollektivverträgen.

Michael Bachner

Berufsschutz: Heute ein Anachronismus

Den Entfall des Berufsschutzes für Arbeitslose sieht Sozialforscher Marin positiv. Der Berufsschutz sei ein „Anachronismus, der nicht mehr in die moderne Arbeitswelt passt.“ Im sozialdemokratischen Musterland Schweden habe Berufsschutz nie existiert, in Italien, Holland und Deutschland sei er abgeschafft worden. „Sonst wird die nötige Mobilität konterkariert.“ Um Ausbildungsanstrengungen zu honorieren, kann sich Marin allenfalls einen befristeten Berufsschutz für Facharbeiter vorstellen.

Der Berufsschutz hätte auch zu Kuriositäten geführt. So sei es bisher möglich, unter dem Titel



Sozialforscher Bernd Marin

Bild: Gerald Deutsch

Berufsschutz auch bei Teilerwerbsunfähigkeit eine volle Invalidenrente zu beziehen und gleichzeitig in einem anderen Beruf einem Vollzeitjob nachzugehen. Dagegen gebe es bei weniger als 50 Prozent Erwerbsunfähigkeit überhaupt keinerlei Leistungsanspruch, keine Teilzeit- und Schonarbeitsplätze, und Behinderte seien in Österreich schlechter gestellt als anderswo in der EU.